Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ **Mk.**,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 130. **Dienstag** den 10. Mai 1881. **75. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Längs des Grundstücks des ehemaligen Thorhauses an der **Dresdner Straße** soll der Fußweg mit Granitplatten und Schwellen belegt bez. mit Mosaiksteinen gepflastert werden und die damit verbundenen Steinmetz- und Steinsetzerarbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirherstellung vor dem Dresdner Thorhause"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.

Leipzig, den 7. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) 1 **Mannshemd**, aus einer Schlafkammer in Nr. 10 der Burgstraße, in der Zeit vom 27. v. bis 1. d. M.;

2) ein Stück **Bleirohr**, ca. 6 Meter lang, aus dem Neubau Frankfurter Straße 29, vom 30. v. bis 2. d. M.;

3) ein schwarzer **Tuchrock** mit einer Reihe Knöpfen und schwarzem Wollatlasfutter, — in einer Tasche befand sich ein buntkattunenes **Taschentuch** —, aus einem Küchenlocale in Nr. 58 der Ulrichsgasse, am 2. d. M.;

4) eine silberne **Ankeruhr** mit Secunde, Sprungdeckel und geriefter Rückseite mit warzenförmigen Schildchen in der Mitte, nebst kurzer goldener zweireihiger **Kette** mit schwarzemaillirtem Schieber, sowie ein goldenes, buchförmiges **Medaillon**, enthaltend eine Herren-Photographie, ferner ein **Rock** von blauem, geriefteln Stoffe, mit zwei Reihen Knöpfen und schwarzem Wollatlasfutter, eine **Weste** von demselben Stoff und ein Paar **Stiefeln** mit grünem Schaftfutter, aus einer Kellerabtheilung in Nr. 3 der Liebigstraße, am nämlichen Tage Nachmittags;

5) ein rothledernes **Portemonnaie** mit gelben Schlößchen und einem Inhalte von **1 Mark 20 Pf.**, mittelst **Taschendiebstahls** auf dem Roßplatze, zu derselben Zeit;

6) ein Rest schwarzer spanischer **Tüll**, 3 Meter haltend, aus einem Geschäftslocale in Nr. 55 der Reichsstraße, in der Zeit vom 25. vor. bis 3. d. M.;

7) ein **Geldtäschchen** von schwarzem Leder, enthaltend **17 Mk. 80 Pf.**, in div. Silbermünze, mittelst **Taschendiebstahls** auf dem Fleischerplatze, am 3. d. M. Vormittags;

8) ein schwarzer **Tuchrock**, lange Façon, mit zwei Reihen Knöpfen, hellgestreiftem Aermel- und schwarzem Wollatlasfutter im Schooß, ferner ein **Rock** von braun- und graumelirtem Stoff, mit abgerundeten Schößen und schwarzem abgesteppten Wollatlasfutter, aus einem Corridor bez. Parterrelocale in Nr. 16 am Neukirchhof, vom 26. v. bis 4. d. M., bez. an letztgedachtem Tage;

9) ein Stückchen goldene **Uhrkette**, ca. 12 Centimeter lang, nebst goldenem **Uhrschlüssel**, in einem Restaurationslocal in der Erdmannstraße, vom 1. bis 2. d. M.;

10) ein **Frauenpaletot** von starkem, schwarzem Stoff, mit Kragen und Aufschlägen von schwarzem Plüsch, ein **Kleid** von grauem Alpaca mit ebensolchem Ueberwurf, ein schwarzer **Sammethut** mit schwarzer Feder und Atlasbandputz, ein weißer **Unterrock** mit Stickerei und ein **ebensolcher** mit rothen Streifen, aus einer Schlafkammer in Nr. 25 der Burgstraße, vom 25. v. bis 4. d. Mts.;

11) vier **Berliner Stadt-Obligationen** vom Jahre 1868 à 150 ℳ, nebst Talons und Coupons, ferner vier Stück **Quittungen**, aus einem Gaslocale in Nr. 16 am Markt, am 5. ds. Mts. Nachmittags;

12) eine **Geldsumme** von **137 ℳ**, in vier Kronen, zwei Fünfmarkstücken in Gold, zwei Fünfmarkscheinen, einem Zwanzigmarkschein, Thalern, Zweimark- und Markstücken, mittelst **Nachschlüssels** aus einer Wohnung in Nr. 19 der Reichsstraße vom 3. bis 5. d. M.;

13) eine **ebensolche** von ca. **21 ℳ**, in einem Fünfmarkstücke in Gold, ca. 8 ℳ in Zwanzigpfennigstücken und div. kleiner Münze, aus einem Arbeitslocale in Nr. 35 der Petersstraße, vom 5. bis 6. dss. Mts.;

14) eine **ebensolche** von **60 ℳ**, in einer Doppelkrone, Fünfmarkscheinen und Markstücken, aus einer Wohnung in Nr. 90 der Eutritzscher Straße, im Laufe der letztvergangenen 14 Tage;

15) eine silberne **Cylinderuhr** mit Secunde und geriefter Rückseite mit Blättchen in der Mitte, auf welchem die Buchstaben M. K. verschlungen eingravirt sind, aus einem Neubau in der Humboldtstraße, am 7. dss. Mts. Vormittags;

16) vier silberne **Speiselöffel** mit breitem, abgerundetem Griff, ein **ebensolcher** mit spitzem Stiele, aus einem Küchenlocale in Nr. 2 der Grimmaischen Straße, vom 7. bis 8. d. Mts.;

17) ein kleines **Portemonnaie** von schwarzem Leder, enthaltend ca. **4 Mark**, in drei Markstücken und kleiner Münze, aus einem Restaurationslocale in Nr. 7 der Windmühlenstraße, am 8. d. Mts. Vormittags.

18) ein **Muschelportemonnaie** mit einem Inhalte von ca. **3 Mk.**, in einem Zweimarkstücke und diverser kleiner Münze, mittelst **Taschendiebstahls** auf dem Roßplatze, am nämlichen Tage Nachmittags.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Dieb sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 9. Mai 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Hofmann.

Königl. Sächs. Standesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Expeditionen des Standesamtes

Mittwoch, den **11.** und
Donnerstag, den **12. Mai** d. J.

von Mittags 12 Uhr ab geschlossen.

Leipzig, am 9. Mai 1881.

Der Standesbeamte:
Director Julius Burckhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 10. Mai.

Ein Jahrzehnt ist heute vollendet seit jenem denkwürdigen Tage, an welchem Fürst Bismarck zu Frankfurt am Main den Frieden mit Frankreich abschloß, im Namen des deutschen Volkes, welches sich wie ein Mann erhoben und den hartnäckigen Gegner auf zahllosen Schlachtfeldern siegend niedergeworfen hatte. Ja, Sieg auf Sieg hatte sich an die deutschen Fahnen unter König Wilhelm's glorreicher Führung geheftet, und heute — nach der kurzen Frist eines einzigen Jahrzehnts — steht das Deutsche Reich, geeinigt unter dem Kaiser, hoch und herrlich da als die erste Friedensmacht Europas.

Durch Krieg zum Frieden: in diesem Zeichen siegte das wieder erstehende Reich. Seit dem Tage der Kaiserhuldigung in Versailles hat der Deutsche das so lange verlorene Gefühl seiner Würde, sein Nationalbewußtsein, seinen Nationalstolz wieder gewonnen. Ob Preuße oder Schwabe, Baier oder Sachse — er fühlt sich heute als deutscher Mann, der nicht mehr in der Fremde das vielgetheilte Vaterland verleugnen muß. Der Deutsche, der bei Wörth, Metz oder Sedan für die Unabhängigkeit seines Vaterlandes stritt, ist stolz, zu sagen, daß er ein Deutscher ist.

Die Würdigung des nunmehr geschaffenen Verhältnisses, die Friedensmission des Deutschen Reiches — vor wenigen Tagen noch wurde Dies rückhaltlos im englischen Parlamente regierungsseitig anerkannt — tritt immer deutlicher bei der Behandlung der europäischen Fragen hervor. Im Rathe der Völker hat Deutschland heute die erste Stimme und die Weisheit des Kaisers gilt als ein Hort des Weltfriedens.

Möge der greise starke Held und sein gewaltiger Kanzler noch lange Jahre in diesem Sinne wirken zum Segen der Völker — das ist der aufrichtige Wunsch jedes Vaterlandsfreundes heute am zehnten Gedenktage des Frankfurter Friedens!

* * *

Wir werfen einen Rückblick auf die letzten Verhandlungen des Reichstages. Jedermann wird zugeben müssen, daß die Verfassungsvorlage in recht eigenthümlicher Gestalt aus der zweiten Berathung hervorgegangen ist. Sie enthält nunmehr nur noch zwei Paragraphen, von denen der eine die alljährliche Einberufung des Reichstags im October festsetzt, der andere die Legislaturperiode auf vier Jahre verlängert. Die beiden Paragraphen sind durch verschiedenartige Mehrheiten zu Stande gekommen, der erste durch eine liberale mit einigen Centrumsstimmen, der letzte durch eine conservative mit Unterstützung fast des gesammten Centrums. Es wird sich nun fragen, welche Gestalt der Gesetzentwurf in der dritten Lesung gewinnt. Bleibt er in der jetzt festgestellten Form erhalten, so ist das Gesetz in allen seinen Theilen gescheitert. Denn der Reichskanzler hat keinen Zweifel gelassen, daß der Bundesrath der Verpflichtung zur Berufung des Reichstags im October niemals zustimmen wird.

Die Majorität für diesen Paragraphen war aber eine sehr geringe, 140 gegen 129; bei der Mehrheit befanden sich etwa 20 Mitglieder des Centrums, und die Haltung dieser Partei ist gegenwärtig so unberechenbar, schwankend und wechselnd, daß wenig Sicherheit gegeben ist, die Majorität der zweiten Lesung werde auch in dritter vorhalten; es brauchen ja nur ganz wenige Stimmen „abcommandirt" oder anders geleitet zu werden. Wird die Einberufung im October gestrichen, so bleibt als dürftiger Rest der Vorlage die vierjährige Legislaturperiode, die ohne Zweifel vom Bundesrath als Abschlagszahlung auf seine weitergehenden Wünsche genehmigt werden würde.

Der Abg. v. Bennigsen führte im Reichstag aus, daß seine politischen Freunde keine grundsätzlichen Gegner einer Verlängerung der Legislaturperiode seien, vielmehr, wenn diese Frage einmal selbstständig im Reichstag zur Erwägung gestellt würde, vielleicht sogar für eine fünfjährige Periode stimmen würden. In dem Zusammenhang dieser Vorlage sei aber der Artikel abzulehnen; die vierjährige Legislaturperiode erscheine hier lediglich als eine nothwendige Consequenz des Vorschlags zweijähriger Budgets. Diesen letztern Vorschlag habe die nationalliberale Partei abgelehnt und sie habe daher um so mehr Bedenken, die Consequenz desselben stehen zu lassen als diese ein vortrefflicher Anhaltspunct sein würde, um auf die zweijährigen Budgetperioden zurückzukommen.

In der That, wenn man einmal im Interesse einer ruhigeren, sachlicheren gesetzgeberischen Arbeit und einer Beschränkung der unaufhörlichen Wahlagitation eine Verlängerung der Legislaturperioden für zweckmäßig hält, so dürfte es sich aus verschiedenen Gesichtspuncten empfehlen, lieber gleich fünf statt vier Jahre festzusetzen. Für das Wünschenswertheste aber halten wir es freilich, das Gesetz kommt jetzt gar nicht zu Stande, sondern man greift in ruhigeren Zeiten auf den Vorschlag der verlängerten Legislaturperioden zurück. Im jetzigen Augenblick ist er durch die Verbindung mit Bestrebungen, die gegen die ganze Stellung des Reichstags gerichtet sind, wie den zweijährigen Budgetperioden, der zweijährigen Einberufung der Volksvertretung, in einen hochpolitischen Zusammenhang gebracht, der die ruhige Prüfung der, für sich allein aufgeworfen, wohl discutirbaren Frage, ob und in welchem Umfang eine Verlängerung der Gesetzgebungsperioden wünschenswerth erscheint, sehr erschwert.

Auch die „Kölnische Zeitung" wirft einen Rückblick auf die letzten Verhandlungen des Reichstages. Die Rede Bennigsen's über die Verfassungsänderung bezeichnet das rheinische Blatt als ein bedeutsames Zeichen der Zeit, indem es Folgendes ausführt: „Der Führer der gemäßigten liberalen Partei, der vom Reichskanzler, wie Dieser ja selbst in seiner Entgegnung anerkannte, besonders geschätzt wird und den er gern wieder zur Mitwirkung gewinnen möchte, erklärte rund heraus, daß innerhalb und außerhalb des Reichstags eine wachsende Mißstimmung herrsche und die Ursache dazu in der Weise zu suchen sei, wie die Regierung, d. h. der Reichskanzler, das Parlament behandle. Er stürme auf den Reichstag mit einer Menge Vorlagen ein, ohne jede Rücksicht darauf, ob eine Aussicht auf Durchbringung vorhanden sei und ob sie schon früher abgelehnt wurden. Die Regierung habe keine feste Mehrheit, und es komme ihr gar nicht darauf an, aus welchen Parteien eine winzige Mehrheit sich bilde, so daß Niemand vorauszusehen im Stande sei, was aus diesen chaotischen Zuständen entsteht. Fürst Bismarck versuchte seine Handlungsweise systematisch zu rechtfertigen. Aber wie man auch über sein Verfahren denken möge, parlamentarisch wird man es nicht nennen können. Er rechnet es sich aber hoch an, daß er immer dieselben Vorschläge wiederhole, wenn das Parlament sie auch verworfen habe, denn es sei einmal seine Ueberzeugung, und seine Ueberzeugung müsse man durchzusetzen suchen. Ein solches Verfahren wird sonst von keinem Minister und in keinem Parlament ausgeübt. In constitutionellen Ländern hütet sich ein Ministerium, Maßregeln vorzuschlagen, die von der Volksvertretung abgelehnt werden, und wenn es dennoch geschieht, so tritt das Ministerium zurück, wenigstens wenn die Abstimmung eine wichtige Angelegenheit betraf. Von alle Dem weiß unser großer Staatsmann Nichts oder will vielmehr davon Nichts wissen. Abstimmungen im Reichstage sind ihm sehr gleichgültig. Er erklärt nicht selten, daß, wenn eine Vorlage abgelehnt werde, sie nächstens wieder eingebracht werden solle, und zwar so lange, bis sie angenommen sei. Das heißt dem Reichstag gegenüber verfahren nach dem Grundsatz: „Der Bien muß!" Der Reichskanzler hat selbst neulich erklärt, es gebe Zeiten, wo parlamentarisch, und andere, wo dictatorisch verfahren werden müsse, und offenbar scheint ihm jetzt die Dictatur die angemessenste Regierungsform. Zuweilen glückt es ihm damit, wie so eben in der Dienstwohnungsfrage, in welcher er seinen Willen und sein Interesse mit 6 Stimmen oder vielmehr mit einer Stimme Mehrheit durchgesetzt hat."

Auch die Schwarzen erwarten „klärende Ereignisse". Innerhalb der ultramontanen Partei wird es aller Voraussicht nach aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen zu gründlichen Auseinandersetzungen zwischen den politisch-liberalen und den durchaus reactionairen Elementen kommen. Jene sind am Rhein noch immer zahlreich vertreten und einige ihrer Führer haben bereits vor wenigen Tagen in einer Versammlung des katholischen Volksvereins zu Köln ihrem Mißtrauen gegen das in Berlin und in Schlesien befolgte Liebäugeln mit den Conservativen, mit Herrn v. Puttkamer und besonders mit dem Fürsten Bismarck, kräftigen Ausdruck verliehen. Das größte Befremden hat in Köln die Nachricht von der Rolle hervorgerufen, welche ein ultramontaner Abgeordneter des Kölner Landkreises, Herr Cremer, in den conservativen und antisemitischen Versammlungen Berlins spielt. Und dabei kennt man noch gar nicht einmal die Bedeutung, welche dieser Mann für die ins Leben gerufene reactionaire Bewegung hat, scheint man noch nicht zu wissen, daß das von den Kölner Ultramontanen entschieden verurtheilte Programm der Berliner Conservativen Herrn Cremer nicht allein zum Befürworter, sondern sogar zum Verfasser hat. Ein in der Kölner Versammlung anwesender Landtagsabgeordneter der Centrumspartei, der Advocat Bachem wollte seinen abwesenden Collegen nicht direct angreifen, sprach aber offen aus, daß bei der Berliner Wahlagitation die Mitglieder der Centrumspartei sich neutral zu halten hätten, da man natürlich den „verbissenen culturkämpferischen Fortschritt" in keiner Weise unterstützen könne, die Conservativen nach dem Herzen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche in Berlin mit dem Fortschritt sich herumschlagen, aber ebenso wenig Unterstützung verdienten. Was wird man unter den Schwarzen am Rhein erst sagen, wenn man erfährt, daß Herr Cremer sich ganz in derselben Weise wie die Deutschconservativen gegen jedes Rütteln am Militair-Etat ausgesprochen hat, weil das Heer die festeste Stütze des Staates sei? Und Das in einem Augenblicke, wo die fanatischsten Mitglieder der katholischen Volkspartei im hessischen Landtage an die Landtagswähler einen Aufruf erlassen haben, in welchem es heißt: „Wenn auch die Hauptquelle der das deutsche Volk sehr schwer drückenden Steuerlast, der ungeheure Militaraufwand nämlich, der Entscheidung der Landesgesetzgebung entzogen ist, so wird es doch die Pflicht der Volksvertretung sein, bei jeder Gelegenheit hiergegen ihre Stimme zu erheben". Im westlichen Deutschland werden die gleichen Bestrebungen für die Ultramontanen auch bei den nächsten Reichstagswahlen trotz Herrn Cremer die maßgebenden bleiben.

Obwohl der Reichskanzler die Centrumsleute durch verschiedene Compromisse, die er mit ihnen bei vielen Gesetzgebungsfragen einging, zu einer angesehenen politischen Partei gemacht hat, so tragen ihm dennoch Diese einen unversöhnlichen Haß entgegen. So giebt es in einem vor Kurzem erschienenen, gegen das „protestantische Kaiserthum" gerichteten Schriftchen des bekannten Preßcaplans Majunke eine Stelle, in welcher sich der ganze Haß der römischen Finsterlinge gegen den Fürsten Bismarck in wahrhaft dämonischer Gestalt zeigt. Es ist die Stelle, wo er von Bismarck's Rede zur Motivirung der Aufhebung des Gesandtschaftspostens beim päpstlichen Stuhl spricht. Sie lautet wörtlich:

Als Fürst Bismarck diese Worte sagte, hat er sich wohl in der peinlichsten und unsichersten Lage befunden, in welche er je in seinem Leben gekommen ist. Seine ganze äußere Haltung bekundete, daß das Herz nicht mit Dem einverstanden war, was der Mund aussprach. Er wurde plötzlich bleich, machte längere Pausen und sprach mit matter leiser Stimme, fing sichtlich zu zittern an, stützte seine Hand krampfhaft bald auf den Tisch, bald griff er in die Brusttasche seines Kürassierrocks, bald tändelte er aus Verlegenheit mit dem Bleistift, bald griff er zum Wasserglase — kurz mit ihm wurde allen Zuhörern „angst und bange", und allgemein hatte man die Ueberzeugung, daß in diesem Augenblicke im Reiche der Geister ein wichtiges Ereigniß vor sich gehe. So war es. Es war der officiell proclamirte Bruch mit Rom, den Fürst Bismarck einem Papste gegenüber aussprach, von welchem er die innere Ueberzeugung hatte, daß Derselbe einer der friedliebendsten und dem preußischen Staate wohlwollendsten Päpste gewesen war, die je auf dem Stuhle Petri gesessen hatten; zugleich aber überkam den Reichskanzler das bange Gefühl, daß er mit all' seiner materiellen Macht gegen die geistigen Herrschaaren, deren Führer der schwache Priestergreis war, vergeblich ankämpfen würde.

Wer sich so offenbar von leidenschaftlichem Haß verblenden läßt, Der hat sein Spiel verloren. Im Allgemeinen darf man sagen: Majunke's Schriftchen ist nichts weniger als überzeugend. Es ist ihm nicht gelungen, die Schuld des Kampfes zwischen Rom und dem Deutschen Reiche auf die Schultern des letzteren zu laden. Jedenfalls aber wird der Leser in der Ueberzeugung bestärkt, daß zwischen beiden Mächten ein tiefer Gegensatz obwaltet und ein dauernder Friede zwischen beiden nicht möglich ist. Insofern trägt die Schrift wesentlich zur Klärung der Lage bei; wir aber wiederholen dem Reichskanzler gegenüber den wohlberechtigten Wunsch: „Laß Dich vom Schwarzen nicht umgarnen!"

Ein sehr betrübendes Bild der Lage in Südtirol entwirft eine Correspondenz der „Allg. Ztg." Die nur zu bemerkliche Zunahme der Verarmung in den meisten Landgemeinden hat den tiroler Landesausschuß veranlaßt, die Handelskammern zu einer genauen Berichterstattung über den Grund dieses Uebels und die etwaigen Mittel zu seiner Abhülfe aufzufordern. So sind denn jetzt von den Handelskammern von Roveredo und Bozen sehr ausführliche Berichte hierüber veröffentlicht worden. Leider lauten diese nur zu traurig. Besonders die Denkschrift der Handelskammer in Bozen stellt fest, daß die meisten ländlichen Gemeinden ihres Bezirks immer mehr verarmen und die Zahl der Bauernhöfe, die dem Concurse verfallen, alljährlich bedeutend zunimmt. Als Hauptgründe dieses zunehmenden Pauperismus werden in der Bozener Denkschrift angegeben: die beiden letztjährigen Mißernten im Weinbau, der besonders im Herbst 1880 in Folge des letzten strengen Winters einen äußerst geringen Ertrag gab; die alljährlich sich immer fühlbarer zeigenden üblen Wirkungen der unverantwortlichen Entwaldung und die geringe Sorge für eine rationelle Bewaldung der meisten Gebirgsthäler, in Folge dessen Lawinen, Moränen, Bergstürze und Wildwässer immer mehr Verwüstungen anrichten; ferner die vielen Feiertage, wodurch in Tirol an 102 Tagen im Jahr nicht gearbeitet wird; die großen Anforderungen der ländlichen Dienstboten in den fruchtbaren Thälern des südlichen Tirols an Beköstigung und täglichen Weingenuß, welche die immer mehr verarmenden Bauern unmöglich mehr erfüllen können; die unbekümmerte Sorglosigkeit vieler Bauerngehöftsbesitzer um einen fleißigen und sorgfältigen Betrieb ihrer Wirthschaft und nöthige Benutzung des Credits zur rechten Zeit, und der übermäßig häufige und lange Besuch der Wirthshäuser, wodurch sich manche Gemeinden oft sehr unvortheilhaft auszeichnen. Leider läßt die Regierung den Dingen ihren Lauf, anstatt an eine Aufbesserung dieser Zustände im Wege der Gesetzgebung heranzutreten.

Gelegentlich der Vermählungsfeierlichkeiten in Wien hat bei dem Empfange des diplomatischen Corps durch den Kaiser ein sehr pikanter Zwischenfall stattgefunden: die Begegnung des belgischen Premierministers Frère-Orban mit dem päpstlichen Nuntius in Wien, Vannutelli. Herr Frère-Orban hat bekanntlich seinerzeit in der belgischen Kammer den actenmäßigen Beweis geliefert, daß der damalige Brüsseler Nuntius den Kampf des belgischen Klerus gegen den Staat nach den Weisungen des Vaticans leitete, und in Folge dessen am 5. Juni v. J. den belgischen Gesandten beim päpstlichen Stuhle abberufen. Msgr. Vannutelli war dadurch gezwungen, Brüssel ebenfalls zu verlassen. Bei dem Empfange befand sich nun Herr Frère-Orban an der Seite des Königs Leopold II., der damit neuerdings seine wahrhaft constitutionellen Gesinnungen bethätigte und die Hoffnungen, welche die klerikale Partei in Oesterreich und Belgien auf diese Audienz gebaut hat, vernichtete. Herr Frère-Orban erfreut sich überhaupt auch von Seiten des kaiserlichen Hauses der größten Aufmerksamkeit, und als er dem Kaiser Franz Josef vorgestellt wurde, bemerkte Derselbe, er schätze sich glücklich, daß Herr Frère-Orban unter solchen Umständen sein Gast sei.

Aus Belgrad wird uns gemeldet, daß dort die Opposition unter dem Einflusse des Ex-Minister-Präsidenten Ristic von Tag zu Tag mehr Boden gewinne. Die Spitze der Bewegung ist in erster Linie gegen Oesterreich-Ungarn, namentlich gegen den mit letzterem Reiche abgeschlossenen Handelsvertrag gerichtet. Die Mehrzahl der Belgrader Journale hat sich der Opposition angeschlossen und bekämpft das gegenwärtige serbische Cabinet in leidenschaftlichster Weise. Dabei spielt die auswärtige Politik die Hauptrolle. Die Oppositionspresse weist täglich in heftigen Artikeln darauf hin, daß die „nationale Aufgabe" Serbiens nach außen hin keinen Stillstand erleiden dürfe. Ein Bündniß oder Zusammengehen Serbiens mit Oesterreich-Ungarn sei unmöglich, weil letzteres naturgemäß ein Feind der Entwickelung und Größe der serbischen Gesammtnation sei. Serbien dürfe niemals und unter keiner Bedingung auf die Erwerbung Bosniens und Altserbiens verzichten, wenn es nicht das türkische Joch mit dem österreichischen vertauschen wolle.

Das Ergebniß der spanischen Municipalwahlen liegt nunmehr vor. Uebereinstimmende Meldungen rechnen es dem liberalen Cabinete Sagasta zur Ehre an, daß Spanien seit Langem keine von der Regierung so wenig beeinflußte Wahlcampagne erlebt habe. Trotzdem ist das Uebergewicht der Liberalen in allen Provinzen so bedeutend, daß das Cabinet damit eine neue Kräftigung erfahren hat. Die Conservativen von der Farbe Canova's sind fast allenthalben unterlegen. In ihre Ebbschaft theilen sich die Carlisten in den baskischen Provinzen, Navarra und Mittelspanien, die Republikaner, Demokraten und Progressisten in den großen Städten, sowie den Süd- und Ostprovinzen.

Das englische Unterhaus nahm neulich mit größtem Interesse die Erklärungen des Ministers des Innern entgegen bezüglich der Anfrage, ob die Behauptungen der „Daily News" richtig seien, daß die socialistischen Verhaftungen in Wien mit den bei Most gefundenen Papieren in Verbindung ständen. Sir W. Harcourt leugnete Dies, nahm aber die Gelegenheit wahr, den Standpunct der englischen Regierung über Anreizungen zum politischen Mord klarzustellen. Wenn die englische Polizei Kunde von einem beabsichtigten Mord erhält, sei es, daß das Vorhaben sich auf einen Herrscher oder einen Privatmann, sei er Engländer oder Ausländer, bezieht, so werde sie darüber die gewünschte Auskunft ertheilen, und er hoffe, daß jede andere civilisirte Regierung England denselben Dienst leisten werde. In der Theorie bleibt also die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß die Wiener Verhaftungen auf Grund Londoner Angaben erfolgt sind; und jeder rechtlich Denkende wird dieser Theorie seinen Beifall nicht versagen. Gemeldet wurde auch, daß der Proceß gegen Most von dem Centralschwurgerichtshof auf die nächste Session verschoben worden ist, um dem Vertheidiger des Angeklagten Zeit zu geben, den ziemlich ausführlichen Anklageact, der ihm erst vor wenigen Tagen zugegangen war, reiflich zu überlegen. Vom englischen Standpunct aus ist dieser Aufschub empfehlenswerth, denn der Proceß ist so beschaffen, daß eine vorherige Erörterung durch die öffentliche Meinung bei der Neuheit des Vergehens am Platze sein dürfte. Most wird in Gewahrsam bleiben, da eine Freigebung auf Bürgschaft abgelehnt wurde. Sein Blatt aber erscheint unterdessen in englischer und deutscher Sprache und wird in einem Hinterhause der Tottenham Court Road gedruckt.

Das dänische Folkething ist am Sonnabend aufgelöst worden. In dem königlichen Rescript, datirt Amalienburg, den 7. Mai, welches der Conseil-Präsident Estrup verlas, heißt es u. A.: „daß das Folkething in der 7 Monate dauernden Session gezeigt hat, daß ihm entweder die Fähigkeit oder der Wille fehle, die Sachen zu erledigen und daß

10 ℔